

## KURZNOTIZEN

## Aramco überholt Apple an der Börse

**FRANKFURT/MAIN.** Die Unruhe an den Börsen wirbelt auch das Ranking der wertvollsten Unternehmen durcheinander. Mit einem Börsenwert von 2,3 Billionen Dollar zum Stichtag 30. Juni lag der Ölkonzern Saudi Aramco knapp vor Apple mit 2,2 Billionen Dollar, wie die Beratungsfirma EY mitteilt. Technologiekonzerne haben seit dem Jahresbeginn wegen der Zinswende an Wert verloren, Energieunternehmen erleben dagegen wegen der steigenden Energiepreise eine Renaissance. Deutsche Konzerne sind erstmals seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2006 nicht mehr unter den Top 100 vertreten.

## Lieferengpässe auch bei Zigaretten

**LEINGARTEN.** Auch Tabakkonzerne haben teilweise Lieferprobleme. Die Lage habe sich in den vergangenen Wochen deutlich verschlechtert, sagte der Vertriebsleiter des Tabak-Großhändlers Dietz, Caryl Ratz. So liefere Philip Morris etwa ein Viertel weniger Ware als normalerweise. Es gehe um mehrere Verpackungsgrößen der Marken Marlboro und LM. Auch von den Marken Lucky Strike und Pall Mall des Herstellers BAT bekomme man weniger als gewünscht. Eine Sprecherin von Philip Morris sagte, es gebe wegen der „angespannten Lage auf den Rohstoffmärkten“ Engpässe bei mehreren Produkten.

## Schließung in China belastet Tesla

**AUSTIN.** Nach coronabedingten Produktionsausfällen in Shanghai ist bei Tesla die Serie von Quartalsrekorden bei den Auslieferungen gebrochen. Der Elektroautohersteller brachte im zweiten Vierteljahr weltweit 254.695 Fahrzeuge zu den Kunden. Das waren zwar mehr als vor einem Jahr, bedeutet aber einen Rückgang gegenüber gut 310.000 Autos im ersten Quartal. Tesla verwies auf „Herausforderungen in der Lieferkette“ und Werksschließungen, auf die das Unternehmen keinen Einfluss habe.



In China läuft die Produktion nur sporadisch.

FOTO: DING TING/DPA

## Der Automarkt in den USA schwächelt

**HERNDON.** Chipmangel und Lieferkettenprobleme bremsen auch den US-Automarkt. Die deutschen Marken haben dort im zweiten Quartal deutlich an Absatz eingebüßt. VW verkaufte 78.281 Neuwagen, rund ein Drittel weniger als vor einem Jahr. BMW blieb mit 78.905 Autos um 18,3 Prozent unter dem Vorjahreswert, und bei der Kleinwagentochter Mini sackte der Absatz um fast die Hälfte ab. Die VW-Tochter Audi lag mit 48.049 Autos um 28 Prozent unter dem Vorjahreswert, während die Konzernschwester Porsche den Verkauf um 2,8 Prozent auf 19.487 Autos steigerte. Zahlen von Mercedes-Benz lagen noch nicht vor.



Auf russischer Seite drücken Kompressoren das Gas durch die Pipeline. Ab 11. Juli machen sie Pause.

FOTO: IMAGO/KOVALEV

# Vorbereitung für den Totalausfall läuft

Wartung von Nord Stream 1 könnte in Stopp aller Gaslieferungen aus Russland münden

VON BASIL WEGENER UND KATHARINA REDANZ

**BERLIN.** Der befürchtete Stopp sämtlicher russischer Gaslieferungen könnte nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) eine Preisexplosion bei einigen Stadtwerken zur Folge haben. Habeck und der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, fürchten einen Totalausfall der Lieferungen über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1.

Habeck sagte am Samstag bei einer Veranstaltung der Wochenzeitung „Die Zeit“, man habe es vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine mit „einer quasi wirtschaftskriegerischen Auseinandersetzung“ zu tun.

Am 11. Juli beginnen jährliche Wartungsarbeiten bei Nord Stream, die in der Regel zehn Tage dauern. Dann fließt kein Gas durch Nord Stream 1. Die Frage sei, ob Russland daraus „eine länger andauernde politische Wartung“ mache, sagte der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller,

den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Wenn der Gasfluss aus Russland „motiviert länger anhaltend abgesenkt wird, müssen wir ernsthafter über Einsparungen reden“. Die verbleibenden zwölf Wochen bis zur Heizperiode müssten genutzt werden, um Vorbereitungen zu treffen. „Viele Verbraucher werden schockiert sein, wenn sie Post von ihrem Energieversorger bekommen“, sagte Müller. „Durch

das, was Putin uns bei Nord Stream 1 beschert, ist eine Verdreifung drin.“ Nach seinen Angaben würden bei einem akuten Gasmangel Privathaushalte ebenso wie Krankenhäuser und Pflegeheime besonders geschützt. „Ich kann zusagen, dass wir alles tun, um zu vermeiden, dass Privathaushalte ohne Gas dastehen“, sagte Müller.

Mit Blick auf Versorger wie den in Not geratenen Gasimporteur Uniper sagte Habeck:

## Uniper in schweren Turbulenzen

### Deutschlands größter Importeur

von russischem Erdgas, Uniper, gerät wegen der starken Drosselung der Lieferungen in Turbulenzen und ruft nach staatlichen Hilfen. Der Energiekonzern musste seine Ergebnisprognosen kassieren und prüft, wie die Liquidität der Gesellschaft weiter gesichert werden kann, wie es in einer Pflichtmitteilung an die Börse hieß. Nach eigenen Angaben liefert Uniper rund ein Drittel des deutschen Gasbe-

darfs direkt an Industrieunternehmen und Stadtwerke. Außerdem ist das zum finnischen Fortum-Konzern gehörende Unternehmen der größte Betreiber von Erdgasspeichern in Deutschland. Uniper erhält seit Mitte Juni nach eigenen Angaben nur noch 40 Prozent der vertraglich zugesicherten Gasmengen von Gazprom und muss teuer Ersatzmengen beschaffen. Diese Mehrkosten könne man bislang nicht an seine Kunden weitergeben.

„Die Unternehmen, die jetzt sehr viel russisches Gas haben, die haben ein echtes Problem.“ Da sie nicht ausreichend beliefert werden, müssen sie Gas am freien Markt zukaufen – zu aktuellen, extrem hohen Preisen. Diese Mehrkosten können sie aber nicht unmittelbar an ihre Kunden weitergeben. Entweder der Staat unterstütze sie, sagte Habeck, „oder man erlaubt den Unternehmen, die Preise weiterzugeben“.

Dies sei im Energiesicherungsgesetz vorgesehen. Ein Paragraf, der den Unternehmen erlauben würde, die Preise außerhalb der Vertragsbindung weiterzugeben, sei bisher aber aktiviert worden. Denn dies sei „ein sehr, sehr scharfes Schwert“.

Im Fall des Großhändlers Uniper sind die Kunden unter anderem Stadtwerke, bei denen die Preissprünge dann schlagartig ankämen. „Das würde bedeuten, dass man für einige Stadtwerke, die dann mit ihren Kunden zu tun hätten, sofort eine Preisexplosion haben würde“, sagte Habeck.

## Aufseher beraten bei Lufthansa

**FRANKFURT.** Die massiven Probleme im Flugbetrieb werden nun auch den Aufsichtsrat der Lufthansa beschäftigen. Laut „Handelsblatt“ wird das Gremium am Mittwoch auf Betreiben der Arbeitnehmerseite tagen. Die Airline hat mehrere Tausend Flüge in diesem Sommer wegen Personalmangels abgesagt, es soll intern massiven Unmut wegen vermeidbarer Probleme und schlechter Kommunikation geben.

Unterdessen hat die Lufthansa ihr Ticketangebot für Europa- und Inlandsflüge drastisch eingeschränkt. Über mehrere Tage hinweg können Flüge im Juli nur in den teuersten Buchungsklassen erworben werden. So sollen Plätze für Umbuchungen frei gehalten werden, die sich aus den angekündigten Flugstreichungen ergeben.

Nutzer berichten von Economy-Ticketpreisen in der Klasse Y von mehr als 1000 Euro von Frankfurt nach London. Einfache Inlandstickets von Frankfurt nach Hamburg oder Berlin sollten 400 Euro kosten. Erst nach Abschluss der Umbuchungen will Lufthansa das System wieder öffnen.

## Allianz warnt vor weiteren Fluten

**UNTERFÖHRING.** Die Flut des vergangenen Sommers wird nach Einschätzung von Deutschlands größtem Versicherer Allianz keine einmalige Katastrophe bleiben. „Wir werden zu unseren Lebzeiten noch das eine oder andere Ereignis dieser Art in Deutschland sehen“, sagte Jochen Haug, Chef der Schadensabwicklung der Allianz. „Hoffentlich nicht ganz so schlimm wie im Ahrtal, aber solche extremen Wetterereignisse werden statistisch häufiger.“

Versicherungen analysieren in großem Umfang Schadensdaten. „Wir beobachten häufiger, dass Gewitterzellen nicht mehr wandern beziehungsweise sich nur sehr langsam fortbewegen“, sagte Haug. Das führe zu dramatischen Niederschlägen in einem kleinen Gebiet. Die Flut 2021 hatte über 180 Tote gefordert und 30 Milliarden Euro finanziellen Schaden verursacht.

# Freiberufler fürchten Wirtschaftskrise

Verbandsumfrage zeigt wachsenden Pessimismus – Personalmangel bleibt Problem

VON ANDREAS NIEMANN

**BERLIN.** Unter Freiberuflern in Deutschland wächst die Angst vor einer Wirtschaftskrise infolge des Ukraine-Kriegs und der aktuell hohen Inflation. Wie eine Konjunkturumfrage des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) unter 1300 Mitgliedern ergab, erwarten nur noch 13 Prozent der Befragten im zweiten Halbjahr eine günstigere Entwicklung als zu Beginn des Jahres. 60 Prozent gehen von etwa gleichbleibenden wirtschaftlichen Bedingungen aus, 27 Prozent erwarten eine ungünstigere Entwicklung. Im vergangenen Sommer hatten lediglich 21 Prozent der Betriebe negativ auf das zweite Halbjahr

geblickt. „Die freien Berufe sorgen sich im Zuge des Krieges gegen die Ukraine vor einer sich weiter verfestigenden Wirtschaftskrise und einem schwierigen Marktumfeld. Eine Skepsis, die die Besorgnis über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie überlagert“, sagte BFB-Präsident Friedemann Schmidt dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Das spiegle sich auch im Geschäftsklima wider. „Zwar fällt dieses besser aus als in der sonstigen Wirtschaft, aber gerade die Geschäftserwartungen trüben es deutlich ein“, sagte Schmidt.

Neben Krieg und Pandemie bereitet auch den freien Berufen vor allem der Fachkräfte-

mangel große Schwierigkeiten. Jeder dritte freiberuflich Tätige gab an, dass die Kapazitäten inzwischen ausgelastet oder überlastet seien. Bei der Frage nach Gründungsrisiken in Deutschland wurde fehlendes Personal ebenfalls häufig genannt. „Die freien Berufe stoßen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen und gehen darüber hinaus“, warnte Schmidt. „Wenn diese Überlast mit Überstunden nicht mehr zu kompensieren ist, bedeutet dies in letzter Konsequenz auch, dass Aufträge abgelehnt werden müssen.“

Die Politik müsse jetzt entschieden gegensteuern, forderte der BFB-Präsident. Um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, müsse vor



Freiberufler sind oft Einzelkämpfer.

FOTO: IMAGO/WESTENDIG

allem in ländlichen Regionen eine „zeitlich ausreichende, auch die Tagesrandstunden umfassende wohnortnahe Kinderbetreuung auch für Grundschülerinnen und Grundschüler ermöglicht“ werden, betonte er.

Der Bundesverband der Freien Berufe vertritt als Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen von Selbstständigen wie Angestellten. In Deutschland sind laut BFB rund 1,46 Millionen Menschen als selbstständige Freiberuflerinnen und Freiberufler tätig. Sie beschäftigen über 4,2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und steuern etwa 11 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.